

14 JUNI 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

9/XVII/123

Bonn, den 14. Juni 1962

Für veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Seiltanz</u>	41
	Adenauer bereitet seinen Staatsbesuch in Frankreich vor	
2 - 3a	<u>Milchmädchenrechnung mit dem Milchpreis</u>	103
	Oder: Die erbauliche Geschichte von der "Bauernhilfe" der FDP Von Wilhelm Bröscher, MdB	
3a	<u>Für die Aufnahme nicht geeignet</u>	17
	Südafrika und die EWG	
4	<u>Sommerpause</u>	43
	Zur Unterbrechung der Abrüstungskonferenz	
5 - 7	<u>Steuern bei uns und in der USA</u>	125
	Eine vergleichende Studie Von Dr. Alex Möller, MdB	

\* \* \*  
\* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Seiltanz

---

Adenauer bereitet seinen Staatsbesuch in Frankreich vor

G.M. - Der 86-jährige Bundeskanzler entwickelt auf seine alten Tage ein erstaunliches Talent, das - laut Kölner Stadtchroniken - zwar schon in seinen Jugendjahren vorhanden gewesen sein soll, jetzt jedoch den letzten Schliff der Virtuosität erhält.

Erst werden die Amerikaner verprellt, worauf die Bonner Ministerialbürokratie Seiltänze aufführen muss, um den Berliner Trapezakt des alten Herrn in Vergessenheit geraten zu lassen. Aber kaum versichert man sich in Washington und Bonn gegenseitig, es sei alles halb so schlimm gewesen, da unternimmt der alte Herr schon wieder Freiübungen in Aussenpolitik, die nunmehr auch seine bisher besten europäischen Freunde in Harnisch bringen. Aus dem politischen Europa der Sechse, das "nicht platzen" darf, soll plötzlich ein Europa der Drei werden, bei dem die Belgier, Holländer und Luxemburger schön vor der Tür bleiben.

Selbstverständlich war wieder nicht alles so gemeint. Das Auswärtige Amt und der seine letzten Amtshandlungen vollbringende Bundespresseschef Felix von Eckardt müssen der staunenden Weltöffentlichkeit versichern, der Herr Bundeskanzler habe nur laut gedacht und einmal andeuten wollen, was alles möglich wäre, wenn ...

Natürlich ist die ganze Geschichte nicht so lustig, wie sie hier dargestellt wird. In ungefähr zwei Wochen macht der Herr Bundeskanzler seinem Freund de Gaulle die offizielle Staatsaufwartung. De Gaulle ist hart; er will keine politische Union der europäischen Völker, sondern höchstens eine Union der Regierungen. Das hat der französische Aussenminister Couve de Murville noch am Mittwoch in der Nationalversammlung unmissverständlich gesagt. An die 300 Abgeordneten verliessen darauf unter Protest das Hohe Haus. Auch über ihre Europapolitik wollte die französische Regierung nicht diskutieren lassen, denn wozu hat man schliesslich einen Staatspräsidenten, der alles selber regeln kann?!

Wenn Herr Adenauer also nach Paris kommt, trifft er einen Staatschef, der ganz etwas anderes will, als die Mehrheit des gewählten Parlamentes seines Landes. Was macht man in so einem Fall? Man jongliert mit immer neuen Vorschlägen, tut gewichtig und geheimnisvoll, lässt dementieren und schliesslich sogar jene abbützen, mit denen man ursprünglich zusammen Europa bauen wollte.

Uns Deutschen bleibt auch nichts erspart! Wir müssen die Mauer und die Stacheldrühte der Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Wir brauchen in der ganzen Welt Freunde, die uns dabei helfen. Der 86-jährige Bundeskanzler jedoch verhält sich so, als werde die Weltpolitik nur in Bonn gemacht.

## Milchmädchenrechnung mit dem Milchpreis

Oder: Die erbauliche Geschichte von der "Bauernhilfe" der FDP

Von Wilhelm Dröscher, MdB

Milch ist ein köstliches Getränk. Schon die Muttermilch überzeugt vom Wert dieses nie versiegenden Lebensstromes. Sogar alte Weintrinker schätzen sie - mit der Bemerkung: alles zu seiner Zeit.

Milch kann aber auch Sorgen machen. Vor allem dann, wenn der Strom immer reichlicher fließt und nicht ausreichend für Absatz gesorgt ist. Man kann Butter aus ihr bereiten, Mixgetränke komponieren. Man kann sie sauer werden lassen und dann in vielfacher Gestalt verbrauchen. Und als letzter Ausweg verbleibt noch das Trocknen und Pulverisieren.

Aber verbraucht sollte sie doch einmal werden, sonst ist ihre Produktion schliesslich sinnlos.

\* \* \*

Milch ist ein Haupterzeugnis der deutschen Landwirtschaft. 20 Millionen Tonnen liefern jetzt alljährlich die deutschen Kühe. Das sind 20 000 000 000 Liter. Und das ist eine jährliche Einnahme für die deutschen Bauern von ca. 7 Milliarden DM.

Kein Wunder, dass die Bauern am Milcherlös interessiert sind. Besonders für die mittleren und kleinen Betriebe bringt die Milch die allmonatliche feste Einnahme.

Milch, wenigstens lose Milch, ist ein billiges Nahrungsmittel. 44 Pfennig zahlt der Käufer beim Handel. Für flaschengepackte, verarbeitete Milch entsprechend mehr. Da lockt der Vergleich. Ein Liter Mineralwasser kosten - zu Hause genossen - etwa 60 Pfennig. Liegt es nicht nahe, billigere Milch zu trinken?

Aber für die Familien, die Milch brauchen, insbesondere weil sie Kinder haben, ist Milch ein wichtiger Posten im Monatsetat. Zwei Liter am Tag schlagen mit monatlich DM 27,- zu Buch. Mineralwasser, Limonade, Cola, Bier und Wein werden von den sogenannten "Freien Spitzern" des Einkommens gekauft. Milch ist lebensnotwendiges Grundnahrungsmittel.

Unerklärlicherweise geht der Milchkonsum seit Jahren zurück. Der durchschnittsdeutsche trinkt von Jahr zu Jahr weniger Milch. Warum - wahrscheinlich, weil bei uns die Jugend in ihren entscheidenden Entwicklungsjahren nicht ans Milchtrinken gewöhnt wird.

Wie es aber auch sei - in der Konsumgesellschaft, in der Profitgesellschaft, spricht der Verbraucher das entscheidende Wort!

\* \* \*

Und der Erzeuger? Er produziert vorläufig immer noch mehr Milch - mit hohen Gestehungskosten in vielen Betrieben. In ganz Europa wird mehr Milch produziert, als wir in den nächsten Jahren selbst verbrauchen können. Eine freie Marktwirtschaft müsste also mit sinkenden Preisen antworten. Das böte Erhard wohl auch am liebsten. Aber die Landwirtschaft wehrt sich. Mit Recht. Die Parteien haben nämlich die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe versprochen - wenn auch vorsichtig, ohne sich auf Zahl und Grösse festzulegen. Bei der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entsteht eine schwierige Situation für viele Betriebe. Da böte der Milchpreis eine

gute Möglichkeit, ihnen ein wenig mehr Einkommen zu verschaffen. Das könnte die grösste Not überdecken - könnte aber auch neue Illusionen wehren.

\* \* \*

Und so kam es zum Hiertanz um den Milchpreis in den letzten Monaten.

Die Sozialdemokraten waren ehrlich. Sie sagten, man müsse den Bauern, und zwar denen, die das brauchen, eine wirksame Lebenshilfe geben. Sie wollte man in einer zusätzlichen Subvention in Höhe von 2 Pfg. pro kg abgelieferter Milch gewähren. Allerdings sollte die berechnete Menge pro Betrieb auf 24 000 kg im Jahr begrenzt sein. Das hätte weiteren Anreiz zur Überproduktion und Preisverfall vermieden, hätte aber denen geholfen, die wirklich Hilfe in dem gewaltigen Umwandlungsprozess benötigen. Die SPD-Fraktion verlangte die Bereitstellung von zusätzlicher 115 Millionen DM hierfür im Etat 1962. CDU/CSU und FDP lehnten ab und bewilligten als "Trostpreis" einen zusätzlichen Pfennig auf die Werkmilchablieferung des Jahres 1961.

Als Ablenkungsmanöver hatte die CDU/CSU schon im Januar verlangt, man solle den Trinkmilchpreis um 6 Pfennig erhöhen. Der Vorschlag war später - angesichts der neuen Inflationswelle - in der Versenkung verschwunden. Dann kam die FDP mit ihrem Vorschlag, der eine Erhöhung des Trinkmilchpreises um 6 Pfg. - allerdings unter Wegfall der bisherigen Subventionen von 3 Pfg. und eine gleichzeitige Erhöhung des Fettgehalts auf 3,2 Prozent vorsah.

Dieser Vorschlag kann nichts anderes sein als eine geradezu klassische Spekulation auf die Dummheit der Bauern.

Eine einfache Rechnung weist das nach:

Die Preiserhöhung bringt höchstens einen Gesamtmehrerlös für die Landwirtschaft von etwa 200 Mio DM (fast die Hälfte der Trinkmilch wird schon jetzt weitaus teurer als für 44 Pfg. abgesetzt).

Verarbeitung, Verteilung und Handel dürften beanspruchen. Als Ausgleich für die 0,2 Prozent Mehr an Fett müssen ebenfalls berechnet werden 80 Mio DM

so dass nach Adam Riese als Netto-Mehrerlös für die Landwirtschaft etwa 40 Millionen DM übrig bleiben dürften. Das sind 2/10 Pfennig pro kg erzeugter Milch.

Mehr als diesen Betrag wird man benötigen, um

- a) den weiteren Trinkmilchrückgang auszugleichen,
- b) den Ärger auszugleichen, den die Landwirtschaft wegen dieser Maßnahme als Preiserhöhung zur unrechten Zeit bekommen wird, und
- c) die Werbung verstärken, um ihre massenpsychologische Situation zu verbessern.

Noch interessanter ist eine Pfennigrechnung für den Trinkmilcherzeuger.

14. Juni 1962

Ihm soll eine Mehreinnahme von gewährt werden.	6 Pfg. pro kg
Dafür entfallen an Qualitätsprämie	3 Pfg.
entstehen an Mehrkosten bei Verar- beitung, Verteilung, Handel	2 Pfg.
ist ein Ausfall an möglicher Butter- produktion durch Erhöhung der Fettpro- zente gegeben von	2 Pfg.
	zusammen 7 Pfg.

Im Enderfolg würde bei Realisierung des FDP-Antrages der trinkmilch-  
erzeugende Betrieb weniger als bisher für sein Produkt erhalten.

\* \* \*

Am Beispiel der Milch zeigt sich also wieder einmal die ganze Unwahr-  
haftigkeit unserer Regierungspolitik. Die FDP - obwohl Regierungspartei -  
macht Agitation durch Anträge und spielt Bauernhilfe, offenbar mit dem  
Ziel, der CDU Wähler abzugeben.

Aber das muss schief gehen. Den "dummen Bauern" gibt es nicht mehr.  
Bauernfängerei ist so leicht nicht mehr, und auch das berühmte "Milch-  
mädchen" hat längst das Zeitliche gesegnet.

+ + +

Für die Aufnahme nicht geeignet

#### Südafrika und die EWG

sp - Viele Länder begehren heute Eintritt in die Europäische Wirt-  
schaftsgemeinschaft (EWG). Ihre Ausstrahlungskraft reicht sogar nach Sü-  
dafrika. Doch hier stockt schon der Atem. Wie, dieses Land mit einer rasse-  
stolzen Regierung, die der Überweidenden Mehrheit der Bevölkerung, weil  
sie aus Farbigen besteht, primitive Lebensrechte verweigert und die Ver-  
bindung von Weissen und Schwarzen mit schweren Strafen belegt, mögliches  
Mitglied der EWG? Das wäre eine Verleugnung der Ideen, die zur EWG führten.  
Südafrika kennt keine Freizügigkeit für die Farbigen und gerade dies ist  
ein Grundsatz, der in der Europäischen Gemeinschaft besonders geschätzt  
wird. Die EWG kennt auch keine Rassentrennung - in Südafrika wurde sie zum  
schändlichen Gesetz erhoben. Dies und manche andere Gründe sprechen dafür,  
Südafrika und seine Regierung, sofern sie an die Türen der EWG klopfen die  
alte Schulter zu zeigen.

Der südafrikanische Wirtschaftsminister Dr. Diedericks befindet sich  
zurzeit auf einer Europareise, um für den Eintritt seines Landes in die  
EWG zu werben. Auch in Bonn wird er erscheinen. Hoffentlich wird ihm ge-  
sagt, was zu sagen notwendig ist.

+ + +

Sommerpause

Zur Unterbrechung der Abrüstungskonferenz

ler - Nach 57 Plenarsitzungen tritt die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der nuklearen Testversuche als Vorstufe für eine Abrüstung im größeren Umfang in die Sommerpause ein. Gewaltige Reschlächten wurden geschlagen, ausgeklügelte, bis in winzige Details gehende Pläne auf den Tisch gelegt, in vielen Punkten wurde sogar Übereinstimmung erzielt - aber zur großen, befreienden Tat ist es nicht gekommen. Die Gegensätze sind so scharf wie eh und je. Zarapkin, der sowjetrussische Verhandlungspartner, erweist sich, geht es um Grundsatzfragen, wie die einer wirksamen Kontrolle, als ein harter und kompromissloser Mann. Nicht einmal beschwörenden Appellen der Neutralen zugeneigt, die doch sonst von Moskau so umworben werden.

Während der Verhandlungen explodierten und explodieren noch in den Weiten des Pazifik Atombomben, diesmal ausgelöst von den Vereinigten Staaten als Antwort auf vorhergegangene sowjetische Testversuche im Herbst des vergangenen Jahres. Der Zyniker kommt leicht in die Versuchung zu fragen, ob es nicht Zeitvergeudung ist, die die Verhandlungsdelegationen in Genf betreiben, - aber das wäre wohl angesichts dessen, was für die ganze Welt bei einem absoluten Fehlschlag der Genfer Bemühungen auf dem Spiele steht, eine unzulässige Fragestellung.

Wenn sich auch kein sichtbarer Fortschritt abzuzeichnen beginnt, so liegt doch schon in dem Wunsch beider Seiten, Tuchfühlung zu behalten, die Gespräche nach vierwöchiger Pause wieder aufzunehmen, ein, wenn auch geringer, Hoffnungsschimmer. Die Sowjetunion hat sich genötigt, die Wiederaufnahme der amerikanischen Testversuche zum Anlass für ein Auffliegen der Konferenz zu nehmen; sie hätte zwar davon propagandistische Vorteile gezogen, aber diese hätten bei weitem nicht die Nachteile aufgewogen. Die Folge wäre ein ungehemmter, materielle und moralische Kräfte verzehrender Rüstungswettlauf gewesen und eine Ermunterung für andere Mächte, nun selbst in den Atomklub einzusteigen. Dies aber liegt weder im Interesse der Vereinigten Staaten, noch im Interesse der Sowjetunion. Hier besteht eine Identität der Auffassungen beider Weltmächte. Beide befürchten durch eine Ausweitung des Atomklubs Entwicklungen, die sich ihrer Kontrolle entziehen.

Die nach langem Suchen erfolgte Einigung in der Laosfrage zwischen Washington und Moskau ist ein Fingerzeig dafür. Sowohl den Amerikanern wie den Sowjetrussen drohte die Entwicklung in diesem kleinasiatischen Königreich aus den Händen zu gleiten. Beide Weltmächte suchten und fanden nach langem Hin und Her einen Kompromiss. Wird er halten? Kennedy knüpft daran die Hoffnung, dass dieses Werk der Errichtung eines unabhängigen und neutralen Laos eine bedeutsame und positive Wirkung weit über die Grenzen von Laos hinaus haben möge. Hier, in den mindestens von amerikanischer Seite erhofften Wirkungen dieser Übereinkunft, liegt wohl auch der Schlüssel für Erfolg und Misserfolg der Genfer Abrüstungskonferenz, die nach vier Wochen wieder weitergeführt werden soll.

Steuern bei uns und in den USA

Eine vergleichende Studie

Von Dr. Alex Möller, M&B

Unser Steuersystem kennt die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer. Wir unterscheiden dabei sieben Einkunftsarten, die der Veranlagung unterliegen; daneben wird unmittelbar vom Arbeitsentgelt die Lohnsteuer und von den Kapitalerträgen die Kapitalertragsteuer einbehalten.

Die Besteuerungsmethode in den Vereinigten Staaten fasst den Begriff des steuerpflichtigen Einkommens weiter. Es zählen dazu Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Zinsen, Dividenden, realisierte Kapitalgewinne und Erträge von Personengesellschaften, ob diese verteilt sind oder nicht. Bei Lohn- und Gehaltszahlungen hat der Arbeitgeber einen Betrag einzubehalten, der dem Basissatz von 20 Prozent entspricht, der ohnehin für mehr als vier Fünftel der Gesamteinkünfte gilt. Personen mit einem Nettoeinkommen von mehr als 2 000 Dollar und jene, deren Einkommen nicht dem Quellenabzug unterliegt, haben ihre Steuerschuld zu schätzen und in vierteljährlichen Raten abzuzahlen. Die Abschlussveranlagung erfolgt dann entweder im Januar oder im April des folgenden Jahres.

Diese Form der Einkommensbesteuerung wurde in den USA 1938 eingeführt und ist zu einer Massenbesteuerung geworden, die sich in folgender Entwicklung des Aufkommens ausdrückt:

	<u>1937/38</u>	<u>1955/56</u>	<u>1961/62</u>
Mio Dollar	756	32.800	49.300 *)

Das Anwachsen des Steuerertrages erklärt sich aus Einkommenssteigerungen, der Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen und - nicht unerheblich - aus angehobenen Steuersätzen (bis 1938 4 bis 75 Prozent, jetzt 20 bis 91 Prozent).

Einkommensteuer - ergiebigste Bundessteuer

Damit stellt in den USA die Einkommensteuer die ergiebigste Bundessteuer dar; gegenwärtig bringt sie mehr als die Hälfte der für den Bundesetat benötigten Mittel auf, nämlich nach Schätzung der US-Bundesregierung rund 50 Milliarden Dollar bei einem Gesamtetat von rund 93 Milliarden Dollar.

\*) geschätzt auf 30. Juni 1962

Alle Bezieher von regelmässigen Einkommen hatten bis zum 15. April ihre vorjährigen Bezüge dem Finanzamt auf einem Formblatt anzumelden. In diesem Jahr rechnet das US-Bundesfinanzministerium mit rund 60 Mio Steuererklärungen. Schätzungsweise sind daraus zu 85 Prozent Steuerbescheide zu erwarten, während der Rest nicht veranlagt wird, weil Freibeträge zum Zuge kommen.

Die Lohnsteuerpflicht in der Bundesrepublik schränkt demgegenüber den Kreis der Veranlagungspflichtigen wesentlich ein. Während Löhne und Gehälter schon vor Auszahlung an den Arbeitnehmer in voller Höhe der Besteuerung unterliegen, entrichten die veranlagten Einkommenbezieher erst nach geraumer Zeit ihre Steuerschuld. Die Besteuerung auf dem Wege des Quellenabzuges hat für den Fiskus viele Vorteile; vor allem kann er sofort über die Lohnsteuer verfügen. Rückstände treten hier im allgemeinen nicht auf. Aus der Sicht des Lohnsteuerpflichtigen fehlen für die "ideale" Steuererhebung eigentlich nur erweiterte Pauschalen für Sonderausgaben und Werbungskosten. Auf diese Weise würde der Arbeitsanfall, der durch den Eintrag von Freibeträgen bei den Lohnsteuerstellen der Finanzämter entsteht, erheblich herabgemindert werden. Nicht gerade systematisch erscheint es, dass im deutschen Steuerrecht Lohnsteuerpflichtige unter gewissen Voraussetzungen auch eine Einkommensteuererklärung abzugeben haben. Gegenüber den Einkommensteuerpflichtigen sind sie insofern im Nachteil, als vorab im Lohnsteuerabzugsverfahren die Besteuerung erfolgt und ausserdem die Abgabe einer Steuererklärung nicht erspart bleibt.

#### Benachteiligung der Lohnsteuerpflichtigen

In der Bundesrepublik müssen die Steuererklärungen für das abgelaufene Jahr bis zum 31. Mai abgegeben werden. Weil sich die überwiegende Zahl von Einkommensteuerpflichtigen der steuerberatenden Berufe bedient, erhalten sie in Wahrheit erhebliche Verlängerungstermine bis in den Spätherbst hinein. Bereits auf diese Weise klappt zwischen dem Bilanzstichtag, der Abgabe der Erklärung und der Veranlagung ein Zeitraum von mindestens einem Jahr. Hierin äussert sich eine erhebliche Benachteiligung der Lohnsteuerpflichtigen.

Auch in der Bundesrepublik wird neuerlich das Splittingverfahren angewandt, ein Verfahren, das die Einkünfte von Ehepaaren zusammen veranlagt mit dem Ergebnis eines gleichen Steuersatzes für beide Steuerpflichtige. Da hierdurch eine Abschwächung der Progression eintritt, liegt in diesem Verfahren für die veranlagten Ehepaare ein Vorteil.

In kurzer Übersicht lassen sich die Unterschiede zwischen der Einkommen- und Lohnbesteuerung in den USA und der Bundesrepublik wie folgt darstellen:

### 1. Steuererklärung:

#### USA

#### BRD

Jeder Einkommensbezieher hat eine Erklärung abzugeben, also auch der un- selbstständig Tätige.

Mit Ausnahme des Lohnempfängers hat jeder Einkommensbezieher eine Steuererklärung abzugeben. Unter gewissen Voraussetzungen muss auch der Lohnsteuerpflichtige eine Steuererklärung abgeben.

Die Steuererklärung muss bis zum 15. April abgegeben werden.

Die Steuererklärung muss bis zum 31. Mai abgegeben werden. Fristverlängerungen sofern Steuerberater bei den Erklärungen mitwirken, sind üblich.

### 2. Steuersatz:

20 % proportional bis zu 2 000 Dol- lar, dann progressiv bis 91 %.

20 % proportional bis zu 6 000 DM dann progressiv bis 55 %.

### 3. Splittingsverfahren:

wird angewandt.

Das amerikanische Steuersystem bedeutet für die Mehrheit der Lohnsteuerpflichtigen einen Mehraufwand durch Abgabe einer Steuererklärung im Wege der Selbsteinschätzung. Auf der anderen Seite wird von den Arbeitgebern im Abzugverfahren lediglich der Mindeststeuersatz einbehalten. Die eigentliche Benachteiligung der Lohnsteuerpflichtigen liegt bei uns darin, dass die Veranlagungspflichtigen bemerkenswerte "Zahlungsmile" bis zu zwei Jahren eingedaut erhalten. Die Selbsteinschätzung zumindest der Einkommensteuerpflichtigen und die Erhebung von Verzugszinsen bei zu geringen Schätzungsbeiträgen für die Vorauszahlung könnten hier Abhilfe schaffen. Einen Weg hat bereits die zum Teil im Lande Niedersachsen praktizierte Selbstberechnung der Einkommensteuer gezeigt. Die Fehlerquellen durch "Selbstveranlagung" haben sich bei diesem Versuch als geringfügig erwiesen.

#### Rationalisierung spart Steuer

Man kann nicht leugnen, dass eine "Selbstveranlagung" für sämtliche Einkommensbezieher einschliesslich der Arbeitnehmer der Steuerbehörde beachtliche Verwaltungsarbeiten verursachen würde. Hier wenden die USA bereits bemerkenswerte Vereinfachungen in der Bearbeitung der Steuererklärungen an. Im Laufe der nächsten Jahre sollen die Steuererklärungen durch die elektronische Datenverarbeitung überprüft werden. Man erwägt die Errichtung eines Verarbeitungszentrums in der Weise, dass die Angaben der Steuererklärungen zunächst auf Lochkarten übertragen und auf Magnetbändern gespeichert werden. Die einzelnen Finanzämter senden die Magnetbänder an das Verarbeitungszentrum, wo sie zu einer Hauptkartei zusammengestellt werden. Die in den Folgejahren einlaufenden Magnetbänder der Finanzamtsbezirke werden von dem Elektronenrechner der jeweiligen "Mustererklärung" gegenübergestellt und selbsttätig auf Fehler verglichen. Die dann entstehenden Korrekturen ergeben auf dem Magnetband eine berichtigte Steuererklärung, die dem zuständigen Finanzamt als neue Arbeitsunterlage zugeht.

Wer am Fortschritt teilhaben will, der muss gewisse Nachteile eingehen, aber er sollte sich bewährte Erfahrungen anderer zunutze machen. Am wenigsten darf sich der Steuerzahler selbst der Erkenntnis verschliessen, dass eine solche Rationalisierung auf die Dauer Gas einspart, was ihn am meisten drückt: Steuern!